

Die Situation eines Gebirgskantons in der Schweiz

Autor(en): **Huber, Klaus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bündner Monatsblatt : Zeitschrift für Bündner Geschichte, Landeskunde und Baukultur**

Band (Jahr): - **(2003)**

Heft 4

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-398818>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Situation eines Gebirgskantons in der Schweiz

Klaus Huber

Graubünden als Gebirgsland oder Gebirgskanton: Ich möchte zu den heutigen «Baustellen» auf diesem Gebiet einige Überlegungen anstellen. Das Spannungsfeld zwischen dem Berggebiet und den Städten sowie Agglomerationen hat sich in den letzten Jahren in der Schweiz verstärkt. Bis Ende der 60er-Jahre betrieb die Schweiz keine eigentliche Berggebietspolitik. Den Strukturwandel und die Landflucht betrachtete man als marktgegebenen Prozess. Man bedauerte zwar die Abwanderung, nahm sie aber in Kauf. Erst zwei Parlamentarier – ein Prättigauer, Nationalrat Georg Brosi, und Ständerat Hans Danioth – lancierten anfangs der 70er-Jahre in beiden nationalen Parlamentskammern einen Vorstoss für eine Berggebietspolitik, die darauf zielte, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Regionen zu schaffen. Daraus entstanden die Instrumente, die uns heute zur Verfügung stehen. Das Hauptinstrument ist das Investitionshilfegesetz, welches zinslose Darlehen verfügbar macht für Investitionen im Berggebiet. In jüngster Zeit sind eine ganze Reihe neuer Instrumente entstanden: Regio-Plus, Innotour, Projekt 80 usw. All diese Instrumente haben eigentlich die gleiche Zielsetzung: Ausgleichsmechanismen zu schaffen zwischen den verschiedenen Regionen.

Diese Instrumente sind auch erfolgreich angewendet worden und das Resultat kann sich sehen lassen. Die Abwanderung ist eigentlich gestoppt worden, es gibt sogar eine Rückwanderung ins Berggebiet. Eine umfangreiche Infrastruktur ist erstellt worden. Viele Mittel sind in den öffentlichen Verkehr investiert worden, in Gesundheitseinrichtungen, Schulen und in Ausbildungseinrichtungen. Weiter kann man auch sagen, dass die Zusammenarbeit in den Berggebieten aufgrund dieser Massnahmen verbessert wurde. Um diese Mittel zu erlangen, mussten sich die Berggebiete organisieren, in grössere Gebilde zusammenschliessen und sich mit ihren Entwicklungsmöglichkeiten auseinandersetzen. Daraus entstanden die heutigen Regionen.

Es gibt aber auch kritische Punkte zu vermerken. Die Koordination der Instrumente untereinander stimmte nicht immer ganz überein. Zudem ist negativ zu vermerken, dass der Entscheidungsablauf, der mit diesen Entwicklungsinstrumenten verbunden ist, ziemlich komplex ist. Das hat damit zu tun, dass nebst der Region die Gemeinde, der Kanton und auch der Bund involviert sind. Eine weitere kritische Schlussfolgerung: Man hat zwar sehr viel investiert, aber sich zu wenig mit den Folgekosten beschäftigt. Zudem sind diese Entwicklungsinstrumente komplex geworden und komplizierte Abläufe fördern eher Verwalter als Gestalter.

Wo stehen wir heute und was hat sich grundsätzlich verändert? Verändert haben sich insbesondere die Technik sowie die Mobilität der Menschen – nicht nur im Landesinnern, sondern auch über die Landesgrenzen hinaus. Die Grenzen sind offener und durchlässiger geworden. Auch wenn die Schweiz nicht Mitglied der EU oder des EWR ist, haben die internationalen Entwicklungen direkten Einfluss auf die Schweiz selbst. So geriet die Schweiz in den 90er-Jahren in eine schwierige wirtschaftliche Situation. Es gab über Jahre hinweg bloss Nullwachstum. Es entstanden die «Weissbücher» und «Anti-Weissbücher», die in unserem Land heftig diskutiert wurden. Aus dieser schwierigen Situation erwuchs unter anderem die Post- und Bahnreform. Das Beschaffungswesen wurde reorganisiert, die Landwirtschaftspolitik umgekrempelt und die Regulierungen generell abgebaut. Man wollte ebenso den Energiemarkt öffnen und – als erste Gegenreaktion gegen diese Liberalisierungen – lehnte das Volk dies ab. Das Resultat all dieser Prozesse ist, dass die Betriebe, die international tätig sind – auch diejenigen in Graubünden – fit sind, auch wenn sie momentan in einer konjunkturell schwierigen Lage stecken. Die Binnenwirtschaft dagegen nicht, hier ist der Anpassungsprozess immer noch schmerzhaft im Gang.

Das Berggebiet ist von diesen Entwicklungen ganz entscheidend betroffen. Der Kanton Graubünden lebt zur Hälfte vom Tourismus. Ich zitiere einen Schüler, der die Wirtschaftspolitik ganz einfach darstellte: «Viele Bündner gehen auf die Jagd, die meisten von ihnen ernähren sich von Touristen.» Der Tourismus mit seiner standortgebundenen Produktion ist von diesem internationalen Wettbewerb ganz besonders betroffen. Diejenigen, die sich im internationalen Standortwettbewerb nach besseren Situationen umsahen, haben sich auf die Städte konzentriert, wo die In-

frastruktur am besten ist. Davon ist der Kanton Graubünden ganz besonders betroffen. Wer morgens um sechs Uhr in Landquart auf den Zug steigt, sieht, dass der Zug nach Zürich voll ist mit Pendlern, die aus Graubünden wegpöndeln. Leute, die früher vielleicht für die Swisscom, die Post, den Zoll, bei der Armee oder Banken und Versicherung tätig waren – in Stellen, die früher in Graubünden waren – haben ihren Arbeitsplatz heute in Zürich.

Was lässt sich dagegen unternehmen? Was tut der Staat? Genügen die alten Instrumente oder nicht? Sie genügen nicht mehr. Eine der neuen «Grossbaustellen» ist gegenwärtig beispielsweise der neue Finanzausgleich. Dieser wurde über viele Jahre in paritätischen Arbeitsgremien zwischen den Kantonen und dem Bund vorbereitet. Es ist ein Projekt, welches den Föderalismus wieder stärken und die Zuständigkeiten zwischen Kanton und Bund neu ordnen und neue Ausgleichsmechanismen herstellen will. Der Ausgang dieses Projekts, das derzeit im Nationalrat behandelt wird, ist gegenwärtig nicht ganz klar. Ein zweiter Ansatz ist, dass in den dünner besiedelten Berggebieten eine Grundversorgung, der Service public, zu erhalten ist. Das sind die beiden Instrumente, die sicherstellen sollten, dass auch in Zukunft der Ausgleich funktionieren kann. Nun gibt es Leute, die sagen, diese beiden Instrumente genügen. Andere Leute hingegen wünschen mehr. Zurzeit arbeitet eine Expertenkommission daran, die neue Regional- und Berggebietspolitik zu definieren.

Das ist eine weitere Baustelle, welche die Berggebiete in Zukunft entscheidend beeinflussen wird, je nachdem wie die Lösungen aussehen. Ich möchte die neue Regionalpolitik nicht näher erläutern, sondern bloss einen wegleitenden Merksatz erwähnen: Eigeninitiative und Eigenleistungen sollen belohnt und passive Nehmerhaltungen bestraft werden. Dies ist eine der Grundaussagen der neuen Regionalpolitik. Diese beruht darauf, dass man annimmt, dass in jeder Region genügend Ressourcen oder Grundlagen vorhanden sind, worauf man etwas bauen und woraus sich eine Wertschöpfung erzeugen lässt. Wenn man dagegen unsere Talschaften betrachtet, zum Beispiel das Safiental, das ausschliesslich in der Landwirtschaft produktiv ist, stellt sich die Frage, was man dort wirklich unternehmen kann.

Die neue Regionalpolitik richtet sich grossräumig aus. Man spricht nicht nur vom Berggebiet, sondern vom ganzen Land.

Man spricht nicht nur vom ganzen Land, sondern auch von grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Auch über die Landesgrenzen hinaus sollen neue Regionen entstehen und sich gemeinsam organisieren. Erste Ansätze dafür sind sichtbar, beispielsweise bei der Region Bodensee oder der Region Basel. Weiter will man das, was Städte, Zentren oder Agglomerationen dank ihrer Wettbewerbsfähigkeit wirtschaftlich beitragen können, fördern und nicht bremsen. Man will sie als Motoren für die wirtschaftliche Entwicklung einsetzen. Man will nicht dezentralisieren, sondern man will die Zentren sich entfalten lassen, damit diese später den anderen Regionen Schubkraft geben und diese mitziehen. Damit lassen sich überhaupt erst die Mittel beschaffen, um den Ausgleich zu bewerkstelligen.

In Graubünden stellen sich in diesem Zusammenhang einige Fragen. Ich glaube, es ist wenig wirksam, wenn man ganz konservativ einfach auf der alten Grundlage und den alten Instrumenten beharrt und zum «Kampf auf Bern» rüstet. Das kann nicht funktionieren. Vielmehr ist es nötig, dass man sich mit den neuen Begebenheiten auseinandersetzt. Hier stellen sich dazu einige Fragen: Haben wir in Graubünden genügend förderungswürdige Grundlagen? Grundlagen, welche man ökonomisch nutzen und aus welchen man Wertschöpfung erzeugen kann. Zwar heisst es allgemein, der Wald sei eine solche Grundlage, das Wasser, attraktive Wohngebiete und natürlich auch an erster Stelle der Tourismus. Aber haben wir tatsächlich genügend Grundlagen, um daraus genügend Mittel zu erwirtschaften, um Graubünden besiedelt zu erhalten? Was geschieht mit den Gebieten, die wenig oder gar keine Ressourcen besitzen? Werden die Mittel, die notwendig sind, über den neuen Finanzausgleich tatsächlich sichergestellt? Wie definiert man den Service public in einem dünn besiedelten Gebiet? Wenn man den modernen Touristen betrachtet, so trägt er sein Handy oder gar Laptop und will überall, wo er sich aufhält, Verbindung haben. Gelingt es Graubünden attraktiv zu sein für Investoren? Letztlich betreiben nicht die Gemeinde oder der Kanton die Wirtschaft, sondern die Unternehmen. Gelingt es uns, in den ehemaligen, heute liberalisierten Bundesbetrieben auch in Zukunft Arbeitsplätze zu erhalten? Arbeitsplätze, welche zukunftsgerichtet sind, nicht Arbeitsplätze, die es in wenigen Jahren nicht mehr braucht. Wir wollen uns nicht für denjenigen engagieren, der Kohle schaufelt auf der elektrischen Lokomotive. Gibt es überhaupt zukunftsgerichtete Arbeitsplätze? Es gibt ein Beispiel, wo dies hervorragend gelungen ist: Dass

sich das Mobile Zentrum der Swisscom in Chur befindet, ist etwas Beispielhaftes. Dort sind über 400 Arbeitsplätze entstanden. Bei der Swisscom gibt es heute mehr Arbeitsplätze in Graubünden als vor der Reform. Gelingt dies auch an anderen Orten?

Eine ganz entscheidende Frage ist: Gelingt es uns, die Stärke Graubündens, die in der Vielfalt, in den autonomen Strukturen der Gemeinden, in der dezentralen Besiedlung liegt und ein Charaktermerkmal Graubündens ist, das touristisch auch vermarktet wird, anzupassen, ohne dabei ein Museum zu werden? Hier sind wir in unserem Kanton selbst gefordert. Ich nenne dazu einige Stichworte: die Gemeindereformen, die ganz zaghaft angelaufen sind und ein ganz schwieriges Kapitel darstellen. Wenn zum Beispiel das Münstertal in diesem schönen, aber kleinen Tal sechs Gemeinden, verschiedene Schulverbände, ein Elektrizitätswerk sowie eine Regionalorganisation betreibt, sind praktisch alle geeigneten Leute irgendwo involviert, nur um diese Gemeinschaft zu organisieren. Vielleicht müsste man dies einfacher organisieren, damit man die kreativen Köpfe auch anderswo einsetzen könnte – zum Beispiel um ein Biosphärenreservat zu realisieren. Die entscheidende Frage ist also, wie viel Kraft können wir einsetzen, um diese Reorganisationen zu bewerkstelligen.

Eine weitere, ganz schwierige Frage betrifft die Konzentration in den Regionen. Gerade in Graubünden kann man nicht überall alles machen. Es braucht auch bei uns eine Konzentration in den Regionen, welche dem entspricht, was die Mobilität der Menschen ermöglicht. Ich nehme dazu ein Beispiel aus dem Prättigau: Es ist vermutlich ein Unsinn, auf zweieinhalb Kilometern Distanz zwei Kunsteisbahnen und zwei Schiessstände zu betreiben. Das fördert nicht unbedingt die Qualität einer Region. Dies ist vielmehr aufwändig, es braucht viel Arbeit und kostet viel Geld.

Das sind die Fragen, die heute zu diskutieren sind. Die Diskussion muss die vorhandenen modernen technischen Möglichkeiten und die Mobilität miteinbeziehen. Das Berggebiet – und damit auch Graubünden – ist gefordert, nicht indem wir einfach fordern und uns als die Armen, die es schwer haben, manifestieren, sondern gefordert, mit den vorhandenen Ressourcen etwas zu realisieren und möglichst viele innovative Ideen umzusetzen. Dafür soll es auch in Zukunft Mittel geben. Selbstverständlich werden die «Baustellen» neuer Finanzausgleich, neue Regional-

politik sowie Service public uns noch heftig beschäftigen. Das wird zu heissen Köpfen und Auseinandersetzungen führen in der Schweiz, aber vor allem auch bei uns in Graubünden. Ich bin überzeugt, dass Graubünden gute Lösungsvorschläge in diese Diskussion einbringen wird. Die vergangenen 200 Jahre der Geschichte haben bewiesen, dass Graubünden immer wieder trotz oder gerade wegen seiner Vielfalt dazu fähig ist. Wir sind stark in der Pflege unserer Vielfalt aber auch stark in der Pflege der damit verbundenen Probleme! Ich bin überzeugt, dass es uns gelingt, einen guten Weg zu finden.

Ing. agr. ETH Klaus Huber (Schiers) ist seit 1995 Regierungsrat. Er ist Vorsteher des Departements des Innern und der Volkswirtschaft. Der vorliegende Beitrag über die Situation eines Gebirgskantons in der Schweiz beruht auf einem am 8. Mai 2003 in Schiers gehaltenen Referat.